

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1847

26.5.1847 (No. 142)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 26. Mai.

N. 142.

1847.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile ober deren Raum 4 kr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Uebersicht.

Prälaten u. Ritterschaft in Schleswig-Holstein.
Frucht- u. Mehlhandel im Großherzogthum Baden.
Deutschland. Karlsruhe (Erzherzog Karl; der Preisabschlag auf dem Ueberlinger Fruchtmarkt; die Turnvereine). Heidelberg (das deutsche Interesse gegenüber der griechisch-türkischen Verwicklung). Stuttgart (die Note an den eidgenössischen Vorort; zur Steuer des Betfels; der Bibliothek). Esslingen (die Dissidenten). Frankfurt (General Uminski). Banau (die Expropriation). Sondershausen (plötzliche Abreise der Fürstin). Kiel (Aussicht auf eine Sekularfeier). Berlin (die Zollschußfrage in der Perrenurie; parlamentarische Zustände und Stimmungen). Königsberg (Dr. Falson). Marienwerder (Schugverein). Triest (der österreichische Lloyd).
Frankreich. Paris (über die Nachrichten aus Katalonien; deutsche Arbeiter vor dem Justizpolizei-Gericht).

Prälaten und Ritterschaft in Schleswig-Holstein.

Es lag nicht im Plane der Ritterschaft, ihre unterm 5. Mai d. J. neu eingefandte Vorstellung an den König der Öffentlichkeit zu entziehen; nur so lange, und mit Recht, verheimlichte sie den Inhalt derselben, als die Vorstellung selbst dem Könige noch nicht überreicht worden war. Ich beileide mich daher, Ihnen das Aktienstück sofort mitzutheilen.

Allerdurchlauchtigster, großmüthigster König, Allergnädigster Erbprinz und Herr!
Ew. Maj. haben unterm 3. April d. J. geruht, dem Corps von Prälaten und Ritterschaft der Herzogthümer Schleswig und Holstein eröffnen zu lassen, wie Allerhöchstdieselben unsere allerunterthänigste Eingabe vom 19. Januar d. J. mit Rücksicht auf deren Fassung und Inhalt zur Entscheidung einer allerhöchsten Resolution nicht geeignet befunden haben. Von dem tief empfundenen Wunsche befehle, einem Mißdeuten unserer Worte und einem Verkennen unserer Absicht zu begegnen, dürfen wir diese allerhöchste Entschliessung nicht schweigend entgegen nehmen.

Haben Ew. Maj. die Form unserer allerunterthänigsten Eingabe nicht angemessen befunden, so hat uns Dieses mit lebhaftem Schmerze erfüllt. Wir glauben, unserem erhabenen Landesherren eine offene, durch den Ernst des Gegenstandes gebotene Sprache schuldig zu seyn; doch unserem Gefühle, wie unserer Absicht, lag Nichts ferner, als gegen die einem loyalen, treuergebenen Unterthan gebührenden Formen zu verstoßen. Sollten wir dennoch unwillkürlich in Form und in Fassung gefehlt haben, so bitten wir mit aller Ehrerbietung, Allerhöchstdieselben wollen geneigen, uns Solches zu vergeben, und um des guten Willens und der lauterer Absicht wegen, das mißfällig aufgenommene Wort zu übersehen. Wir gehen weiter, und nehmen vertrauensvoll auch für die heutige allerunterthänigste Eingabe die gleiche Rücksicht in Anspruch.

Tief bekümmert über die von unserem Landesherren erfahrene Zurückweisung, glauben wir in der Betrachtung einige Verhütung finden zu dürfen, daß Ew. Maj. die eigentliche Bitte, welche wir damals zu den Füßen des Thrones niederzulegen wagten, nicht ausdrücklich verworfen haben, und halten uns deshalb um so mehr befugt, unserem Landesherren mit erneuerter Bitte zu nahen.

Prälaten und Ritterschaft, dormalen das einzige bestehende Organ der alten gemeinschaftlichen Verfassung beider Herzogthümer, halten sich verpflichtet, mit ehrebetrieger Vorstellung und Bitte nicht zu ermüden, so lange dem Throne, wie dem Lande, Gefahren drohen. Unsere gewissenhafte Ueberzeugung steht noch heute darin fest, daß wir in der Darlegung der hiesigen Landesverhältnisse von der Wahrheit nicht gewichen sind, daß sich aus diesen Verhältnissen, wenn nicht baldige Aenderung eintritt, eine Zukunft entwickeln könnte, welche jeden loyalen Unterthan mit banger Sorge erfüllen muß; daß endlich das von uns angebotene Mittel am geeignetsten erscheint, um eine für alle Theile zufrieden stellende Lösung der obschwebenden Fragen herbeizuführen.

Diese unsere Ueberzeugung auszusprechen, halten wir uns vor Gott und vor unserm Gewissen verpflichtet, und beschwören Ew. Maj., in solchem Bekenntnisse nur die lokale Erfüllung einer schweren, aber gebieterischen Pflicht treuer und bekümmertester Unterthanen erkennen zu wollen.
So legen Prälaten und Ritterschaft der Herzogthümer Schleswig und Holstein noch einmal den Gegenstand ihrer allerunterthänigsten Eingabe vom 19. Januar d. J. so ehrsüchtigvoll als dringend an Ew. Maj. landesväterliches Herz.

Wollen Ew. Maj. die Bitte nicht von sich weisen, dieselbe vielmehr einer nochmaligen Ueberlegung zu unterziehen, — und einer für den Thron, wie für das Land heilbringenden Berücksichtigung zu würdigen gerben!

Die wir, als zur Unterschrift vom Pleno der Ritterschaft speziell beauftragt, in tieffster Unterthänigkeit ererben

Ew. I. Maj.

allerunterthänigst-treuegehorfamste, zur fortwährenden Deputation der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschaft Kommittee:

M. Woltke.
J. Baumbach. J. Fahn. Ernst Reventlow. Alesfeld. E. v. Buchwald. E. Reventlow.

Frucht- und Mehlhandel im Großherzogthum Baden.

Das Ministerium des Innern hat hinsichtlich der den Aufkauf von Getraide betreffenden Verordnung vom 3. d. M., durch verschiedene Anfragen veranlaßt, am 19. d. M. eine

(durch Ueberdruck vervielfältigte) erläuternde Generalverfügung an sämtliche Kreisregierungen und Bezirksämter erlassen, die für das Publikum von Interesse ist, weshalb wir sie hier mittheilen. Sie lautet:

Ministerium des Innern.

Karlsruhe, den 19. Mai 1847.

Nr. 7856 — 59. Sämtlichen Bezirksämtern wird eröffnet: Es sind über die Auslegung und Anwendung der höchsten Verordnung vom 3. d. M., den Verkauf der Getraide und Kartoffeln außerhalb der öffentlichen Märkte betreffend, Zweifel erhoben worden, zu deren Befestigung folgendes bemerkt wird:

1) So wie den Fruchthändlern, welche Getraide oder Kartoffeln vom Auslande her erhalten, gestattet ist, dieselben, ohne sie auf die öffentlichen Märkte zu bringen, beliebig wieder zu verkaufen, — eben so sind auch die Inhaber von Kunstmühlen und andere Müller, welche Getraide zum Verkaufe vermahlen, befugt, das von ihnen fabricirte Mehl, ohne es auf öffentliche Märkte oder in öffentliche Mehlhöfen zu verbringen, beliebig zu verkaufen, wegegen der Wiederverkauf aus dritter Hand den Beschränkungen der Verordnung vom 3. d. M. unterworfen ist.

2) Der Verkauf von Getraiden, Mehl, und Kartoffeln im Wege der öffentlichen Versteigerung ist auch außerhalb des Marktes unbeschränkt zulässig.

3) Es soll vorgekommen seyn, daß einzelne Personen, mit Vollmachten von Solchen, welche nach §. 2 der Verordnung vom 3. d. M. zum Ankauf außerhalb des Marktes befugt sind, versehen, zur eigenen Speculation verschiedene Ankäufe machten, und auf diese Weise die Vorschriften der Verordnung umgingen. Wenn es nun auch zulässig ist, daß Jemand, der nach §. 2 der Verordnung zu dem dort bezeichneten Zwecke einen Ankauf außerhalb des Marktes machen darf, zur Bewerthung dieses Ankaufs einen Andern bevollmächtigt, — so muß doch in Fällen, wo eine solche Vollmacht nur zum Schein ausgestellt würde, oder wo der Bevollmächtigte das Gekaufte nicht wirklich an den Vollmachtgeber zu dem in §. 2 der Verordnung bezeichneten Zwecke abgelieferte, die Strafbestimmung des §. 4 der Verordnung zur Anwendung kommen.

4) Sollte Jemand behaupten, daß er ein noch im Besitze des Verkäufers befindliches Quantum Getraide, Mehl, oder Kartoffeln schon vor der Verkündung der Verordnung vom 3. d. M. gekauft habe, so hätte er vor der Abfuhr desselben dem Bezirksamte, in dessen Bezirk sich das Mehl befindet, das Datum des Kaufes nachzuweisen und die Ermächtigung zur Abfuhr einzuholen. Das Bezirksamt theilt diese Ermächtigung, wenn das frühere Datum des Kaufes durch eine öffentliche Urkunde, oder doch durch eine solche, welche nach L.N. 1328 sichern Jahr und Tag hat, nachgewiesen ist. In andern Fällen hat das Bezirksamt das Datum des Kaufes durch Erhebung anderer vorgeschlagener Beweise zu ermitteln und das Resultat zur diesseitigen Entscheidung unmittelbar anher vorzulegen.

5) Was die aus dem Großherzogthum in das Auslande gehenden Getraide, Mehl, und Kartoffeln betrifft, so dürfen sie im Großherzogthum ebenfalls nicht anders, als unter den Beschränkungen der Verordnung vom 3. d. M., auf gekauft werden. Geschieht aber diesfalls im Inlande kein Kauf, sondern wird das Getraide, das Mehl, oder die Kartoffeln von dem Eigenthümer selbst in das Auslande verführt oder verkauft, um es dort zu verkaufen, so findet die Verordnung vom 3. d. M. keine Anwendung.

Wett.

Suiffon.

Deutschland.

○ Karlsruhe, 23. Mai. Der jüngst dahin gegangene große deutsche Held, der Erzherzog Karl, dessen Andenken fortleben wird, so lang die Geschichte überhaupt dankbare Erinnerungen bewahrt, war zur Zeit, als das Breisgau noch dem Kaiserthum angehörte, zehn Jahre lang der Rektor der Universität Freiburg. Se. Königl. Hoh. der Großherzog haben daher durch höchste Entschliessung aus dem Staatsministerium vom 17. d. M. angeordnet, daß die Universität Freiburg das Andenken an den Berewigten durch Abhaltung eines Traueramtes feiern.

○ Karlsruhe, 23. Mai. Die gefristige Freiburger Zeitung enthält einen Artikel „vom Bodensee“, worin gesagt wird, daß in Folge des erhöhten Ausgangszoll bei dem so bedeutenden Fruchtlager der dortigen Gegend eine Flaubeit im Aufkauf und ein Abschlag der Fruchtpreise eingetreten sey, so daß man auf dem Ueberlinger Markte das Malter Kernen in Menge zu 22 fl. kaufen konnte. Es ist eine glückliche Wendung der Dinge, daß man also jetzt auch wieder Klagen über zu große Wohlfeilheit der Getraide vernimmt, wenn gleich die große Mehrheit unserer Bevölkerung in diese Klagen noch nicht einstimmen wird.

Mit Recht weist aber der erwähnte Artikel darauf hin, daß der Handel sich auf den Aufkauf in Ueberlingen werfen, und die dortigen Getraide zur größern Ausgleichung der Preise in andere Landestheile verbringen sollte.

> Karlsruhe, 24. Mai. Radikale Blätter tadeln die Mehrheit des Heidelberger Turnvereins, daß sie sich mit der Politik nicht abgeben wolle. Mit der bloßen Uebung der körperlichen Kraft und Gewandtheit sey es, meinen jene Blätter, nicht gethan, und deshalb sehen sie es als eine Schwachheit an, wenn sich in Heidelberg und in Mannheim manche Turner von einem politischen Treiben des Vereines

durch die in Aussicht gestellte Auflösung desselben abhalten lassen.

Die Aufrichtigkeit, ja die Naivität dieser Blätter ist wenigstens anzuerkennen. Bisher wollte man keinen politischen Zweck der Turnvereine zugeben. Es wurden derartige Verschuldigungen als leidenschaftliche Verdächtigungen bezeichnet, da man wohl weiß, daß ein Verein, bei dem die Verschuldigung eine Wahrheit enthielte, nicht geduldet werden könnte. Jeder, der Etwas von der Geschichte weiß, kennt die Gefahren, welche politische Klubs bringen, und jeder Besonnene würde es um so mehr beklagen, wenn ein politischer Klubb geduldet würde, in den man unter dem Vorwande des Unterrichts im Turnen auch die leicht verführbare Jugend hineinziehe. Sollten aber die radikalen Blätter Dies auch nicht anerkennen, so wissen sie doch, daß die badische Regierung, wie jede andere deutsche Regierung, durch einen längst bestehenden Bundesbeschluß verpflichtet ist, keine politischen Vereine aufkommen zu lassen.

Diese Bundespflicht wird die Regierung erfüllen; sie wird also jeden Turnverein, der zu einem politischen Vereine ausartet, kraft der nach dem Gesetze vom 26. Nov. 1833 ihr zukommenden Befugniß als das öffentliche Wohl bedrohend auflösen. Wie übrigens die Nachrichten lauten, hat der (von den radikalen Blättern deshalb angegriffene) Heidelberger Turnverein die erwähnte Zumuthung, sich mit dem politischen Umtreiben statt mit dem Turnen zu befassen, entschieden zurückgewiesen, um seinen eigentlichen Zweck als Turnverein festzuhalten. Sind diese Nachrichten wahr, so werden die erwähnten radikalen Denunziationen dem Vereine wohl nicht schaden, und man darf nicht befürchten, daß die so wohlthätigen Zwecke des Turnens, sey es durch das Ausarten, oder durch die Auflösung des Vereines, gefährdet werden.

○ Heidelberg, 23. Mai. Die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung vom 20. d. M. enthält einen heberzigenswerthen Artikel über den Beruf Deutschlands, seine Stimme in der türkisch-griechischen Streitsache zu erheben. Wie schön würde es den deutschen Staaten anstehen, solche politische Fragen, die die Welt zu verwirren drohen, in den Kreis ihrer unparteiischen Erörterung zu ziehen, die Verhältnisse, von aller böser Zuthat entkleidet, in ihrer einfachen, wahren Gestalt zu beleuchten, und von dem Standpunkte echter Zivilisation ein Urtheil darüber auszusprechen, wie es der Vernunft und dem Völkerrechte, einer gerechten und humanen Politik entspräche, und wie es der gesunde Menschenverstand der öffentlichen Meinung billigen möchte.

Wie viele Tropfen Gift mögen in jene griechische Frage getropfelt worden seyn, um den winzigen Gegenstand so anschwellen zu machen, daß er nun einen großen Raum in der diplomatischen Welt einnimmt? Was wäre edler, wohlthätiger, als solche Dinge mit dem ganzen Gewichte des Rechts und der Macht auf ihr wahres Maß zurückzuführen? Und wer könnte wohl dem großen, mächtigen Deutschland einen solchen Beruf streitig machen, sobald nur bei seinem Rechtsinn auch mehr Gemeininn und Gemeinmuth vorhanden wäre! —

× Stuttgart, 23. Mai. Es ist ganz gegründet, was der schweizerische Beobachter meldet, daß von unserm Kabinett dem eidgenössischen Vorort eine Beschwerde wegen der Ausstreuung kommunistischer Schriften aus der Schweiz nach Deutschland übermacht wurde. Die vielen Hunderte württembergischer Handwerks-Gesellen, welche in der Schweiz arbeiten, verschleppten diese Schriften vielfach ins Vaterland; doch scheint es nicht, daß sie hier in solchem Grade verbreitet waren, wie längs dem Rhein und in Norddeutschland.

Der gegenwärtig sehr bedeutende Stand unseres Militärs (ein Infanterieregiment etwa 1000 Mann) wird in dem Maße vermindert werden können, wie die Einübung der Rekruten fortschreitet. Bei der Einberufung wurde (und wird noch) darauf Bedacht genommen, daß dieselben mit möglichster Schonung für diejenigen Beurtheilten, deren Anwesenheit zu Hause nothwendig ist, bewerkstelligt werden. Für gar Manchen mag in der gegenwärtigen Theuerung der Ruf unter die Fahnen erwünscht gekommen seyn; um so härter trifft freilich diese Vermehrung des Armeebestandes, welche durch die neuesten Ereignisse dringend nothwendig geworden, die Staatsfinanzen, die ohnehin in diesem Augenblick so sehr in Anspruch genommen sind. Das Patrouilliren dauert fort, und in jetziger Pfingst- und Messthe werden wohl die Vorsichtsmaßregeln noch verschärft werden.

Die amtlichen Veröffentlichungen über Das, was zur Vinderung der Noth von der Staatsregierung und aus der königlichen Hofdomäne — neben den dabei nicht erwähnten reichen Spenden aus der königl. Privatkasse — geschehen ist, werden hoffentlich dem Geschrei über Vernachlässigung und noch sträflicheren Ausstreunungen ein Ende gemacht haben. Die Ungunst der Natur aber hätte auch die reichste Staatskasse nicht aufzuwiegen vermocht.

Eine gute Wirkung hatten die unruhigen Auftritte hier und anderwärts, nämlich daß auch in denselben Dorfgemeinden, wo die Armen lediglich auf den Bettel angewiesen waren, nun ernstliche Anstalten zu ihrer Versorgung getrofs-

